

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 4 (1963)
Heft: 32

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

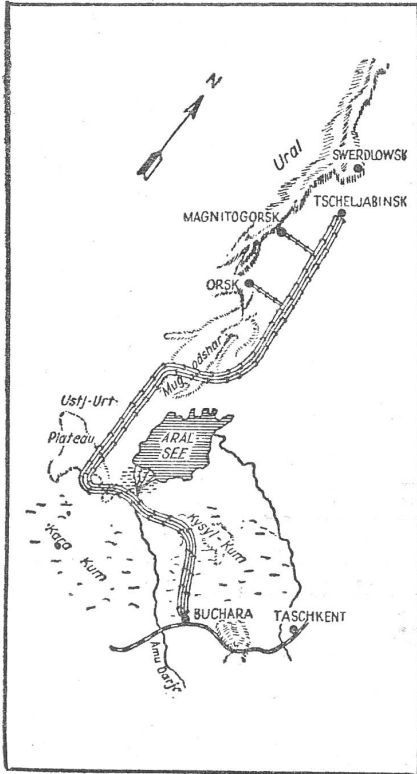
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Energie

Sowjetunion

Die grösste Erdgasleitung

Die «mächtigste Erdgasleitung der Welt» nähert sich ihrem Endpunkt. Es handelt sich um die 4500 km lange Pipeline von Gasli (bei Buchara) bis Tscheljabinsk im Ural, deren erster Abschnitt von 416 km vor kurzem fertiggestellt wurde. Das ganze Werk soll 1965 dem Betrieb übergeben werden. Insgesamt müssen 65 Hauptstrassen, 19 Eisenbahnlinien, 22 Stümpfe und 14 Flüsse (worunter der Amu-Darja) überwunden sowie 17 Kompressorstationen errichtet werden. Gegenwärtig



wird der nächste Abschnitt im Plateau des Usti-Urt zur Druckprobe vorbereitet.

Rund 20 Millionen Tonnen Kohle und über eine Million Tonnen Brennöl soll das Gas in Tscheljabinsk und 30 weiteren Städten des Urals ersetzen. Der Erdgaseinsatz in der Metallurgie soll die Hochofenleistung um 15 Prozent durchschnittlich erhöhen und den Verbrauch des teuren Koks um die Hälfte verringern.

Die Rohre von 1 m Durchmesser werden durch sowjetische Werke geliefert, da man von den westlichen Importen möglichst unabhängig sein will. Ob bis zur Fertigstellung der Leitung nicht doch Rohre eingeführt werden, bleibt fraglich, wenn man an die Erdölpipelines denkt, die ohne zusätzliche Importe nicht plangerecht in Betrieb hätten genommen werden können.

Militär

CSSR

Uran für die UdSSR

Die Sowjetunion hat das Einfuhrmonopol auf sämtliches in den Volksdemokratien geförderte Uranerz, einer Grundlage der atomaren Ausrüstung. Die Lieferungen werden aber als geheim betrachtet und finden keine Aufnahme in den offiziellen Statistiken. Um so bemerk-

enswerter ist eine kürzliche Veröffentlichung im Prager Parteiorgan «Zivot Strany» (Nr. 14, 1963), wo diese Exporte ausdrückliche Erwähnung finden:

«Ein wichtiger Platz kommt schliesslich unseren Lieferungen von radioaktiven Rohstoffen zu, über die manchmal absichtlich irrige Angaben verbreitet werden. Die Uranlieferungen bilden einen wichtigen Posten in unseren Gesamtexporten in die UdSSR. Die Preise, die uns die Sowjetunion für das Erz bezahlt, sind für die CSSR günstig; die UdSSR deckt einen beträchtlichen Teil des von uns geleisteten Aufwandes für geologische Erforschung und gewährt uns als Gegenlieferung für das Uran Erzeugnisse, Materialien und Rohstoffe, an denen es in unserer Wirtschaft mangelt, und die wir aus anderen Ländern gar nicht bekommen könnten oder nur zu äusserst ungünstigen Bedingungen. Die Hilfe der Sowjetunion im Investitionsbau und bei der geologischen Erforschung ermöglichte die Erschliessung neuer Uranerzgruben, so dass unsere Republik heute auf diesem Gebiet den führenden Platz in der Welt einnimmt. Unsere Beziehungen mit der Sowjetunion auf diesem Gebiet sind also ein beträchtlicher Gewinn für die CSSR und werden zweifellos auch in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen.»

Wieso denn findet diese «bedeutsame Rolle» in der tschechoslowakischen Aussenhandelsstatistik überhaupt keinen Niederschlag? Wieso wird denn der «beträchtliche Gewinn» irgends ausgewiesen? Wieso wundert man sich eigentlich über die Verbreitung «irriger Angaben», wenn die offiziellen Publikationen überhaupt keine Angaben geben, und das bei einem Gebiet, das laut der tschechoslowakischen Quelle «einen wichtigen Platz» einnimmt? Und schliesslich: Wie kann die tschechoslowakische Aussenhandelsstatistik überhaupt stimmen, wenn so «wichtige» und «bedeutsame» Sachen von «beträchtlichem Gewinn» verschwiegen werden?

Der zitierte Abschnitt der tschechoslowakischen Parteizeitschrift deklariert die Aussenhandelsstatistik des eigenen Landes als Fälschung.

Verkehr

Jugoslawien/Rumänien

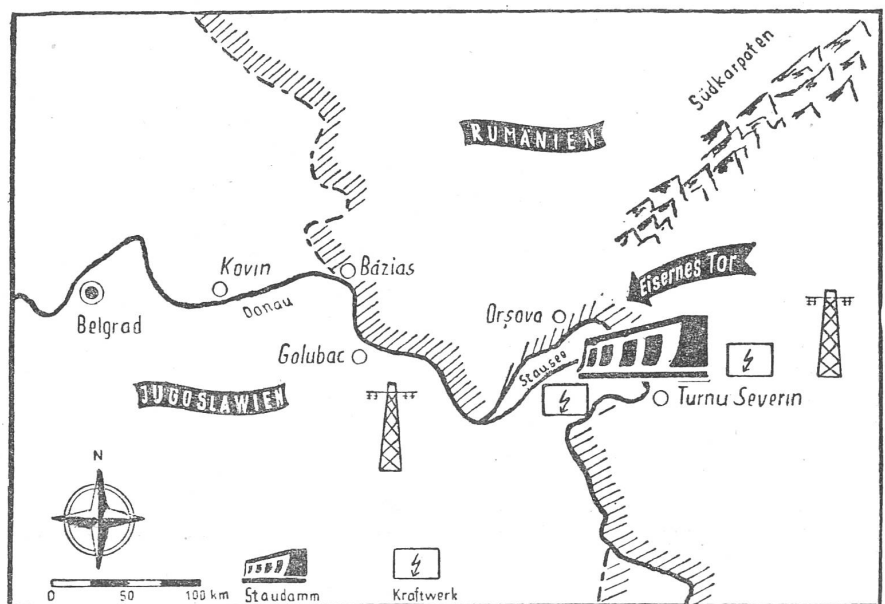
Nach langem Planen beschlossen

Ein Grossvorhaben, das jahrelang Planer und Politiker in Jugoslawien und Rumänien beschäftigt hat, ist nun in das Stadium der Verwirklichung getreten: die gemeinsame Donauregulierung am «Eisernen Tor» ist durch ein Abkommen zwischen den beiden Staaten beschlossene Sache geworden. Das Projekt, das den Bau einer Reihe von Kraftwerken mit einschliesst, wird die Schifffahrtsmöglichkeiten ganz erheblich verbessern.

Nach dem rumänisch-jugoslawischen Vorhaben soll nun zwischen Sip (Jugoslawien) und Guravai (Rumänien) unterhalb der Stadt Orsova ein 1200 m langer und 54 m hoher Damm entstehen, der die Donau über eine Entfernung von rund 120 km zu einem See staut, den Wasserspiegel um annähernd 23 m anhebt und damit die schiffahrtsgefährdenden Klippen hoch überflutet. Ein grossangelegtes Schleusensystem an beiden Ufern überwindet den Niveauunterschied und soll die Durchfahrzeit für Schleppzüge von gegenwärtig etwa 120 Stunden auf 32 Stunden verkürzen. Gleichzeitig versprechen sich dadurch die Projektanten eine Kostensenkung für die Schifffahrt um annähernd 20 Prozent und eine Zunahme der auf der Donau in diesem Bereich beförderten Gütermenge von gegenwärtig rund 11 Millionen Tonnen auf 45 Millionen Tonnen im Jahresdurchschnitt.

Von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung für Rumänien und Jugoslawien ist auch die projektierte Stromproduktion (10,7 Mrd kWh) aus den beiderseits des Damms vorgesehenen Kraftwerken, die mit einer Gesamtkapazität von 2040 Megawatt zu den grössten Flusskraftwerken Europas zählen.

Freilich sind bei der Verwirklichung des Bauvorhabens, das nach Billigung der technischen Dokumente 1964 begonnen und 1971 fertiggestellt sein soll, noch mannigfaltige Probleme



Das Projekt «Eisernes Tor», das als rumänisch-jugoslawisches Gemeinschaftswerk entsteht, dient sowohl der Schifffahrt als auch der Energiebeschaffung. Tempo und Güte seiner Verwirklichung werden von den politischen Beziehungen der beiden beteiligten Staaten abhängen. Gegenwärtig scheinen die Aussichten gut. (Zeichnung «Die Wirtschaft», Ostberlin.)

zu lösen. So müssen zum Beispiel rund 25 000 Personen der anliegenden rumänischen und jugoslawischen Ortschaften umgesiedelt werden und neue Arbeitsplätze erhalten. Leistungsfähige Verbindungsstrassen sollen zu der Grossbaustelle entstehen usw.

Experten veranschlagen die Baukosten, die ebenso wie der erwartete Nutzen aus der Flussregulierung, die Betriebskosten und die Stromproduktion zu gleichen Teilen getragen werden, auf 400 Millionen Dollar.

Die künftige Verwirklichung einer Verbindung zur Weichsel, zum Rhein-Main-Kanal usw. dürfte die Bedeutung der Donau als trans-europäische Gütermagistrale noch heben.

Wirtschaft

Ostblock

Gemeinsamer Güterwagengarten

Etwa 90 000 bis 100 000 offene und gedeckte Wagen sollen ab 1. Januar 1964 den gemeinsamen Güterwagengarten der sechs Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe bilden, deren Eisenbahnen die gleiche Spurweite haben: Sowjetzone, CSSR, Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Die Zentrale des internationalen Wagenparkes befindet sich in Prag.

Die Wagen bleiben Eigentum der Herkunftsländer. Sie dürfen jedoch von den Vertragsstaaten so genutzt werden, als seien sie deren Eigentum. Gebühren werden nur bezahlt, wenn auf den Inlandstrecken mehr «fremde» Wagen umlaufen, als das betreffende Land dem gemeinsamen Park beigesteuert hat. Damit hofft man, die Zahl der leer laufenden Wagen um mindestens einem Fünftel zu senken und bedeutende Einsparungen von rund 100 Millionen Franken erzielen zu können. Die an dem Abkommen beteiligten Staaten beschäftigen sich gegenwärtig mit dem Bau eines einheitlichen Güterwagentyps für alle Länder.

Information

SBZ

Gemeinschaftsantenne

Eine neue Methode, Fernsehgerätebesitzern die Möglichkeit zu nehmen, westliche Programme zu empfangen, hat sich die Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaft «Frohe Zukunft» in Halle (Saale) einfallen lassen. Sie hat, wie erst jetzt bekannt wird, am 21. Mai alle Fernsehbesitzer durch Rundschreiben aufgefordert, ihre Antennen «binnen vier Tagen» zu entfernen und diese Forderung mit Generalreparaturen der Dächer begründet. Gleichzeitig wurden die Fernsehgerätebesitzer auf die «gut funktionierende Gemeinschaftsantenne» verwiesen.

Auf den Einspruch einiger AWG-Mitglieder, deren Antenne nach Ablauf der gestellten Frist einfach abgebaut worden ist, hat Staatsanwalt Dieter Löhmer (SED) als Rechtsberater der AWG «Frohe Zukunft» mitgeteilt, der Vermieter habe das Recht, erteilte Genehmigungen für die Errichtung von Fernsehantennen zu widerrufen. Der Vorstand der AWG habe «zwar die Pflicht gehabt, dies den Mitgliedern in klarer Form mitzuteilen, aber es sei doch offensichtlich von der AWG beabsichtigt gewesen, dies zu tun». Im Interesse der Werterhaltung der genossenschaftlichen Gebäude liege es, nach Anbringung der Gemeinschaftsantennen diese zu benutzen und die individuellen Antennen abzubauen. Damit

und mit der Feststellung, dass mit Gemeinschaftsantennen Material eingespart werden könne, wurden die Einsprüche der AWG-Mitglieder gegen die Demontage ihrer «individuellen» Antennen abgelehnt.

Kultur

SBZ

Um den Dresdener Zwinger

Der Wiederaufbau des Dresdener Zwingers wird nach einer Mitteilung des Leiters der Bauabteilung für kunsthistorische Bauten, Prof. Frenzel, bis Jahresende 1963 endgültig abgeschlossen. Für die letzten Baumassnahmen im Zwinger wird die Stadt Dresden noch einmal einen Betrag von 227 300 Mark bereitstellen, mit denen auch die Ausstattung des Glockenspiels und die Einrichtung des Zwingerhofes für Freilichtveranstaltungen finanziert werden sollen. Nach Angaben von Prof. Frenzel hat die Sowjetzonenregierung rund 12 Millionen Mark für den Wiederaufbau des Zwingers zur Verfügung gestellt.

Eine Entscheidung, welche von den vorgeschlagenen Melodien im Glockenspiel des Zwingers erklingen soll, ist bisher noch nicht gefallen; vorgeschlagen worden waren: Beethovens «Freude, schöner Götterfunken (als Ersatz)», Webers «Wir winden dir den Jungfernkranz», Mozarts «Kleine Nachtmusik» und ein Kinderlied von Hanns Eisler. Prof. Frenzel kündigte an, dass bereits Ueberlegungen über die Wiederherstellung der Oper, des Japanischen Palais und auch des Schlosses angestellt werden.

Partei

Ungarn

Austritt verboten

Der freiwillige Austritt aus der Partei ist in den kommunistischen Staaten nicht vorgesehen. Wer einmal Besitzer eines Parteibüchleins ist, bleibt in der Partei bis zum Tod — oder bis zum Ausschluss. Eine Ausnahme bildet offiziell die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, wie sich die KP dort nennt. Die neuen Parteistatuten vom November 1962 sehen als Beweis der «Parteidemokratie» ausdrücklich die individuelle Austrittsmöglichkeit vor. Das wenigstens ist die Theorie.

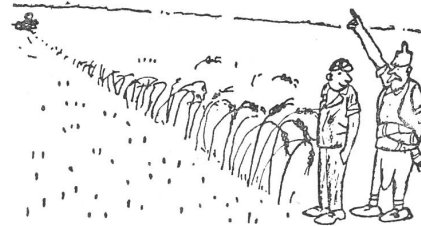
Aber die Praxis sieht anders aus. Die Zeitung «Vas Nepe» berichtete diesen Sommer über den Fall eines Kommunisten, der seine Mitgliedschaft aufgeben wollte. Das wurde ihm verweigert, aber an der nächsten Sitzung des lokalen Parteikomitees wurde er ausgeschlossen. Der Mann wollte seine kleine Tochter auch nach seinem Eintritt in die KP vor einem Jahr weiterhin den Religionsunterricht besuchen lassen. Den Druck des Parteikomitees, dem er darnach selbstverständlich ausgesetzt war, beantwortete er damit, dass er sein Mädchen zum KP-Sekretär schickte, um sein Parteibüchlein zurückzugeben. Aber nun wurde in statutenwidriger Weise sein Austritt nicht zur Kenntnis genommen. Vielmehr beschloss die Parteileitung in ihrer nächsten Sitzung, den Mann auszuschliessen. «Und wir sind mit diesem Entscheid zutiefst einverstanden», kommentiert «Vas Nepe».

Ein ausgeschlossenes Mitglied gilt im Ostblock im Unterschied zum Nichtmitglied als Parteifeind und hat noch grössere Unannehmlichkeiten zu erwarten als die sogenannten «Klassenfeinde», die ehemaligen Kapitalisten, Grossgrundbesitzer und Kulaken.

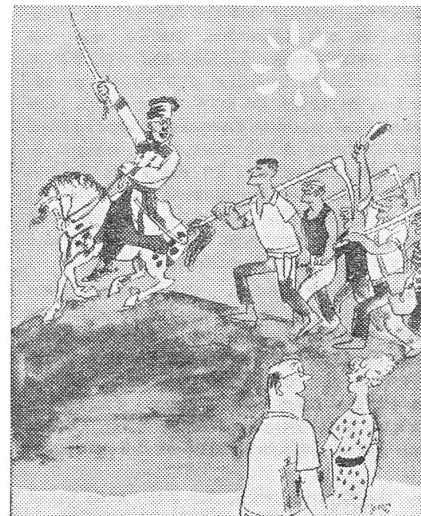
Erntehilfe

durch die Stadtjugend gehört zu den sommerlichen Themen der kommunistischen Staaten. Die «freiwillige Aufbauarbeit auf dem Lande», für die das Jahr über schon zahlreiche Kommolgruppen angeworben und schlimmstenfalls abkommandiert werden, wird zur Erntezeit jeweils stark intensiviert. Die Begeisterung ist meist allerdings Mangelware, was unter anderem immer wieder in den Karikaturen zum Ausdruck kommt, wo die Erntehilfe jetzt Hochsaison haben.

Weniger gern gesehen wird von den Bauern die Erntehilfe durch die Kontrollfunktionäre.



«Du bist reichlich im Verzug, Junge. Es wird gleich Abend.» — «Nur keine Angst, ich höre schon rechtzeitig auf.» («Trud», Sofia.)



Man muss zugeben, dass der Chef die Leute (freiwillige Städter) zur Ernte aktiv begeistern kann. («Szpilki», Warschau.)



Bauer: «Helft mir doch bei der Ernte.» Kontrolleure: «Und wer soll denn die Ähren zählen, bitte?» («Karuzela», Warschau.)

Ganz nach chinesischem Muster ist im sowjetischen Tadschikistan eine Kampagne zur Schädlingbekämpfung eingeleitet worden. Die Bevölkerung und insbesondere die Schuljugend werden aufgefordert, auf den Baumwollfeldern Jagd auf Raupen zu machen, die von Hand eingesammelt werden müssen.

Partei

China

«Stalins grösster Fehler»

war, so erklärte in einem Universitätsvortrag ein Zentralkomiteemitglied der Provinz Kanton, «dass er Chruschtschew während der grossen Säuberungen seiner Epoche nicht umbringen liess».



Pekings Parole in jugoslawischer Sicht: «Proletarier aller Länder, geht auseinander.» («Oslobodenje», 21. Juli.)

Chruschtschew ist für die chinesischen Genossen der Hauptsündenbock in der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit der KPdSU. Er ganz persönlich soll diffamiert werden, um den Bruch zwischen der KPdSU und der KPCh nicht als Bruch zwischen den «Völkern» erscheinen zu lassen. So erklärt Tao-tschu, Mitglied des chinesischen Zentralkomitees: «Ueber Chruschtschews Alltag wissen nur wenige etwas. Sein Alltagsleben ist das eines Aristokraten. Er hat zwei Privatautos, eine Villa und zwei sehr gute Fernsehgeräte. Vielleicht will er alles gleich paarweise besitzen und findet sein Verhalten ganz angemessen.»

«Chruschtschew gleicht einem ungetreuen Sohn, der seinen Vater, die kommunistische Partei, verraten hat. Er ist ein Renegat des Kommunismus, ein Insekt, ein Papagei Titos. Er fürchtet sich vor seinem eigenen Schatten.» Das ist die öffentliche Anklage des Ersten Sekretärs des Parteikomitees Nanking, Lin-ke, gegen den sowjetischen Partei- und Regierungschef.

Aber das Schwergewicht der Kampagne gegen Chruschtschews Person hindert nicht daran, dass die sowjetischen Errungenschaften auch in anderer Hinsicht diffamiert werden. Anscheinend werden jetzt in Betriebsversammlungen und dergleichen die von der Sowjetunion gelieferten Industrieerzeugnisse als Ausschussware verächtlich gemacht (was Mao Tse-tung übrigens ja nicht verhindert hat, auf Grund d'esser gleichen Waren die verhängnisvolle Wirtschaftsoffensive des «Grossen Sprungs nach vorne» zu befehlen). Die sowjetischen Produkte werden sogar als «dem Westen unterlegen» dargestellt.

Die kurdische Selbstständigkeitsbewegung, namentlich der Kurdenaufstand im Irak, findet heute lebhaft Unterstützung durch die gesamte kommunistische Propaganda. Liest man heute die kommunistische Presse, von der «Prawda» bis zum «Vorwärts» (welcher der Sache kürzlich eine anteilnehmende Grossreportage widmete), könnte man annehmen, die Autonomiebestrebungen der Kurden fänden keine grösseren Freunde als die Sowjetunion, ihre Satelliten und Gefolgsleute. Gegen die Kurden, so lässt man durchblicken, sei neben der Bagdader Diktatur vor allem der westliche Imperialismus.

Diese Teilnahme am kurdischen Schicksal erweist sich als Heuchelei. Als im Irak noch Kassem den Krieg gegen die Kurden führte, konnte er dafür noch beliebiges sowjetisches Militärmaterial erhalten. Mit Mig-Bombern wurden die kurdischen Dörfer und ihre Bevölkerung angegriffen, und noch heute ist reichliches Ostblock-Material im Einsatz, obwohl die Lieferungen aufgehört haben, seitdem die Bagdader Regierung offen gegen die Kommunisten vorgeht. Während der ganzen Aera Kassem befand sich Moskau in der peinlichen Lage, den kurdischen Aufstand sowohl unterstützen als auch unterbinden zu müssen. Irak war auf prosovietischem Kurs, und der aufständische Kurdenführer Barzani galt nach 12jährigem Aufenthalt in der UdSSR als Mann Moskaus. Erst jetzt ist dem Kreml eine eindeutige Stellungnahme möglich geworden. Aber sie gilt nicht dem Kurdentum, sondern der Schwächung Iraks, ebenso wie der Schwächung der Türkei und Persiens, die ebenfalls ihre Kurdenprobleme haben. Dass der Autonomiewunsch der fast fünf Millionen Kurden von der Sowjetunion keineswegs tatsächlich unterstützt wird, beweist nicht zuletzt das Schicksal der Kurden in der UdSSR



Der Imperialist: «Ich spiele ja selber nicht mit dem Feuer...» So karikiert die bulgarische Zeitung «Rabotnitschesko Delo» die angeblichen Machenschaften des westlichen «Imperialismus» gegen die kurdische Unabhängigkeitsbewegung. Der Sowjetblock, der sich heute zum Sprecher für die Kurden aufschwingt, hat sie in Wirklichkeit unterdrückt, dezimiert und verraten — bis in die jüngste Vergangenheit.

Unser Memo

selbst. Von den 150 000 Kurden, die das Zarenreich noch zählte, waren 1939 noch 50 000 übriggeblieben. Deportationen und Verfolgungen hatten sie dezimiert. Der Kreml hat natürlich auch nicht im Traum daran gedacht, seinen eigenen kurdischen Untertanen in Transkaukasien die Vereinigung mit der Kurdischen Volksrepublik zu gestatten, die von den sowjetischen Besatzungstruppen 1945 errichtet wurde (und nach einem Jahr zusammenbrach, wonach Barzani bis 1958 in die Sowjetunion emigrierte). Heute geniessen die Kurden in der UdSSR gewisse kulturelle Freiheiten — das ist alles. Sonst unterliegen sie der gleichen Nationalitätenpolitik wie die andern Minderheiten des Reiches.

Wenn also jemand nicht berechtigt ist, sich zum Freund der Kurden aufzuspielen, so ist es die Sowjetunion samt ihren Anhängern.

Der Schnappschuss

Der öffentliche Wettbewerb, der in Bulgarien den Text einer neuen Nationalhymne hätte ermitteln sollen, hat fehlgeschlagen. Die Kommission konnte keinen geeigneten Vorschlag entdecken. Nun ist eine zweite Ausschreibung erfolgt, bei der die Arbeiten dem Komitee für Kunst und Kultur in Sofia zuzustellen sind. Vermutlich waren die im Parteissinn brauchbaren Texte künstlerisch untragbar und die künstlerisch brauchbaren dafür für die Partei untragbar.

Die sowjetische Hilfe für Skopje ist erst zu Anfang August eingetroffen und ist von der jugoslawischen Presse nicht sehr ausführlich vermerkt worden. Nach China hat übrigens nun auch Albanien geholfen (Kohlensendung), das vor etwas mehr als Jahresfrist bei Erdbeschäden im eigenen Land sowjetische Unterstützung zurückgewiesen hatte.

Ein Bericht der Belgrader «Borba» vom 5. August beschäftigte sich detailliert mit der schweizerischen Hilfe für Skopje. Neben der Geldspende des Schweizerischen Roten Kreuzes (eine gute halbe Million) werden auch weitere öffentliche und private Sammlungen erwähnt.

Mindestens 8545 Bewohner der Sowjetzone müssen im Jahr 1962 nach Westberlin und in die Bundesrepublik geflüchtet oder legal umgesiedelt sein, wenn die im «Statistischen Jahrbuch der DDR 1963» veröffentlichten Zahlen über die Bevölkerungsstruktur und -entwicklung als richtig vorausgesetzt werden. Nach dem «Statistischen Jahrbuch» wird für den Zeitpunkt 1. Januar 1963 eine Bevölkerungszahl von 17 135 867 angegeben. Damit hat die Sowjetzone (als Folge der Mauer in Berlin) seit 1950 erstmals in einem Kalenderjahr einen Bevölkerungszuwachs von 56 561 zu verzeichnen (1. Januar 1962: 17 079 306). Der Geburtenüberschuss wird für 1962 mit 65 106 angegeben. Zwischen dem Geburtenüberschuss und dem Zuwachs der Bevölkerung liegt die Differenz von 8545.

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 2 77 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—), Einzelnummer Fr./DM —,50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.